

WORKSHOP

#5

FÜR EINEN NEUEN MODUS DES POLITISCHEN!

*Impulsdossier der AG Demokratie des Instituts Solidarische Moderne*

### **1. Vom Tahir-Platz bis Tottenham – Faites votres jeux!**

Die demo zeigen sich derzeit weltweit in unterschiedlicher Form aktiv: Bei uns im Kampf für den Atomausstieg und gegen von „Politik und Wirtschaft“ an der Bevölkerung vorbei geplante und genehmigte infrastrukturelle Großprojekte. Zehntausende harren in Spanien auf den Straßen aus und fordern eine Änderung des Parteiensystems, in Griechenland wird gegen den Raubbau am eigenen Land protestiert, in Israel stehen allein in Tel Aviv 300 000 Menschen gegen unbezahlbare Mieten und die Demontage des Sozialstaats auf, in Chile protestieren Schüler\_innen, Student\_innen, Beamte, Angestellte und Arbeiter\_innen wirkmächtig gemeinsam gegen die rechte Regierung und die jüngsten Riots in Großbritannien verweisen gerade durch ihre schwierige Einordnung als diffus „politisch“ auf einen Wunsch nach wahrhaft demokratischer Politik. In den Staaten des nördlichen Afrika und auf der arabischen Halbinsel kämpfen Oppositionelle seit Anfang des Jahres gegen die dortigen diktatorischen Regime – in Tunesien und Ägypten mit teilweise erstaunlichem Erfolg. Zumindest dort geht es offenkundig ganz grundsätzlich um die Neu-Konstituierung des politischen Gemeinwesens: Der Kampf um die Verfassung wird zum Vollzug der Schaffung des demos selbst. Die Demokratie, verstanden als politische Selbstermächtigung von unten im Namen sozialer Gerechtigkeit ist gegenwärtig an vielen Orten in Bewegung. Noch immer ist jedoch offen, ob diese Proteste nur einen kurzen Frühling der Demokratie bedeuten oder zu einer wirklichen Demokratisierung beitragen. Es lässt sich nicht absehen, ob die Menschen der Demokratie als Herrschaft Gleicher über sich selbst, noch einmal näher kommen oder sich von dieser entfernen und von anderen, Ungleichen, regiert werden.

Die Vitalisierung demokratischer Bewegungen fällt in eine Zeit der Umbrüche, in denen die Hegemonie von TINA bröckelt. Jenes neoliberale Prinzip des „There is no Alternative“, in dessen Namen Thatcher, Kohl, Schröder, Fischer, Reagan, Merkel, die ewigen Talkshowmöbel bei Christiansen, Illner, Will und Co, die Uni-Präsident\_innen und mannigfache Expert\_innen ständig und ungefragt ihren Sound des Sachzwanges herausposaunten, steht heute nicht mehr unangefochten da: Es wird wieder über Alternativen geredet. Wie sehr auch politische „Verantwortungsträger“ bemüht sein mögen, den ökonomischen Aufschwung in der Bundesrepublik zu beschwören: Das Schlüsselwort des öffentlichen Bewusstseins bleibt dennoch „Krise“. Der „Banken- und Finanzkrise“ folgte eine „Weltwirtschaftskrise“, die nunmehr ihre Fortsetzung in der „Schulden- und Eurokrise“ findet. Bereits seit einigen Jahren beobachten wir eine perpetuierte „Krise am Zeitungsmarkt“, die – denkt man etwa an das Verschwinden der Frankfurter Rundschau als eines wichtigen und eigenständigen Organs regionaler und überregionaler Meinungsbildung – längst als Bestandteil einer „Krise der Öffentlichkeit“

durchschaut werden kann. Auch die Politik befindet sich seit geraumer Zeit in Krisen. Leitmotivisch – insbesondere nach Wahlen – rauscht die Wendung von einer „Krise der Volksparteien“ durch den Blätterwald. Dem Diskurs über „Politikverdrossenheit“ entsprechen Analysen zur Krise der politischen Institutionen und Verfahren. Es muss angesichts dieser Vielfalt von Krisendiagnosen nicht überraschen, dass in politischen und sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnosen längst von einer „multiplen Krise“ gesprochen wird. Fasst man den Krisenbegriff nicht so eng, dass er ausschließlich den zyklischen Wendepunkt zwischen konjunkturellem Auf- und Abschwung bezeichnet oder als ökonomische Systemkrise die Wendepunkte langer (Kondratieff-)Wellen angibt, sondern so weit, dass er auch für die Diagnose politischer und kultureller Umbrüche fruchtbar gemacht werden kann, kann die Gegenwart tatsächlich durch eine auf mehreren Ebenen wirksame Krisentendenz charakterisiert werden. Politisch äußert sich diese Tendenz vor allem in einer tiefen Krise der Demokratie.

Für soziale Bewegungen und eine Politik der solidarischen Moderne stellt sich die Aufgabe Verbindungslinien der Krisen sicher zu stellen und politisch fassbar zu machen. Nur im gemeinsamen Bewusstsein der einen multiplen Krise können wir erkennen, dass etwa die Opfer der biologistischen Sarrazinschen Rhetorik, die keinen Ausbildungsplatz finden und die Opfer des von rot-grün inszenierten Hartz 4 Elends, die Flüchtlinge, die in ihren kleinen Schiffen auf dem Weg nach Europa das Leben riskieren und der Mob der durch Englands Städte rast, an einem Strang ziehen müssen, um diese Krise zu beherrschen und politisch solidarisch zu fassen. Gerade die Krise der Demokratie verweist auf die inneren Zusammenhänge der verschiedenen Krisendimensionen, denn hier geht es um das umkämpfte Feld politischer Lösungen.

Doch was ist neu an der multiplen Krise? Schließlich lässt sich kaum ein Jahrzehnt ausmachen, in dem die Leute nicht zumindest zeitweise im Bewußtsein lebten, in Zeiten von Krisen zu agieren. So prägte die italienische Sozialwissenschaftlerin Rosana Rossanda den Begriff einer „Krise der politischen Repräsentation“, an den in aktuellen Analysen häufig angeknüpft wird, bereits vor Jahren. Und Jürgen Habermas Buch über die Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, das nichts anderes ist als eine frühe Analyse multipler Krisendimensionen, die sich nicht auf die klassischen ökonomischen Krisen beschränken lassen will, diskutierte man bereits 1973. Habermas ging damals von einer nationalstaatlich verfassten Politik aus, die gegenüber der Wirtschaft die Führung übernommen hatte. Die Zivilgesellschaft wusste um ihre gesellschaftliche Macht und schließlich blieb es Aufgabe der Politik, Legitimität herzustellen. Dies schien nun gerade nicht beliebig machbar, sondern die Politik musste, so Habermas, bei Strafe ihres Untergangs Legitimation an die normativen Strukturen der Gesellschaft anbinden.

Hier liegt nun aber der Unterschied zwischen der heutigen multiplen Krise und der von Habermas untersuchten Legitimationskrise: Die heutige Krise steht am Ende einer Entwicklung, die diese Diagnose hinfällig macht und die Politiken möglich macht: Habermas Analyse steht noch ganz im Horizont des Fordismus. Sie unterschätzt die beginnende Verstärkung der Krisentendenzen der Wirtschaft der 70er Jahre, mit denen auch ein Ende der eingespielten Klassenkompromisse einhergingen. Mit der erneuten Krisentendenz des Kapitalismus – die im Fordismus nur für eine relativ kurze Zeit stabil gehalten wurde – geht eine andere Regulierung der Gesellschaft einher, in der diese Legitimationskrise hegemonial latent gehalten wurde. Es scheint, als habe Habermas die Fähigkeit des politischen Systems unterschätzt, für einen hegemonial organisierten Legitimationsersatz zu sorgen. Was aber, wenn heute, da die neoliberale Hegemonie brüchig zu werden beginnt, die von Habermas ausgemachten Krisen der Motivation, der Rationalität und schließlich der Legitimation virulent werden?

Wir werden weiter unten eine genauere Beschreibung dieser Krise und ihrer Phänomene unter den Begriffen Postdemokratie und Postfordismus bieten, wollen hier aber zunächst betonen, dass die neue Art der Krise aus Sicht der Demokratie vielleicht am Besten daran zu erkennen ist, dass es dem politischen System immer schwerer fällt, Legitimation glaubwürdig zu beanspruchen. Dies war noch der Fall als die neoliberale Ideologie viele noch überzeugen konnte oder in der das völlige Versagen ihrer Ergebnisse noch mit Bekenntnissen zur Nation, zu Europa und zur Konkurrenz der „nationalen Wettbewerbsstaaten“, wie Joachim Hirsch die neue Form von Staatlichkeit nannte, verschleiert wurde.

Heute sehen wir, dass die postfordistischen Ideologien brüchig werden. Wir sehen Risse im aalglatten Putz des Neoliberalismus. Und wer verfolgt, wie krude ein Cameron die Riots in Großbritannien moralisch abzuurteilen versucht, oder wie dreist die europäische Finanzkrise wider besseren Wissens von Merkel und Co. zur Stabilisierung ungerechter Klassenlagen benutzt wird und wer schließlich die Ahnung davon verspürt, dass kaum noch jemand den einst vollmundigen Versprechungen des Marktradikalismus vertraut (nicht einmal in der abgespeckten Form, die wir heute im Sound der Schadensbegrenzung zu hören bekommen), der sieht diese Risse unter dem Druck des Protests sich ausweiten, weshalb die Forderungen nach einer neuen und emanzipatorischen Form der Politik immer lauter werden.

Die Chancen für eine solche Politik stehen nicht schlecht: Zeiten der Krise sind traditionell auch Zeiten der Kritik. Wo ökonomische und politische Systeme ihre Disfunktionalität offenbaren, können kritische Zeitdiagnosen praktische Bedeutung erlangen. Die Analyse des Bestehenden wird zum Bestandteil seiner Veränderung, wenn kritische Wissenschaftler, an Emanzipation

interessierte politische Organisationen und soziale Bewegungen zu gemeinsamen Praxen zusammenfinden. Die Forderung nach einer Demokratisierung der Gesellschaft gewinnt Substanz durch die zeitdiagnostische Analyse des Charakters der Demokratiekrise. In diesem Sinn sollen die folgenden Passagen zum Zustand der Demokratie verstanden sein: Sie sollen helfen, Anknüpfungspunkte für eine Praxis der Veränderung ausfindig zu machen.

Trotz der katastrophalen Lage in der sich Demokratie und Gesellschaft überall präsentieren, ist ein gewisser Optimismus also nicht fehl am Platz: Der berühmte und für einige vielleicht schon abgegriffene Satz von einer anderen Welt, die möglich ist, hat nämlich die objektiven Voraussetzungen einer bisher unerhörten Produktivkraftentwicklung auf seiner Seite: Wir leben in einer Welt, in der täglich mehr produziert wird, als die Menschen insgesamt überhaupt brauchen. Diese Tatsache war es auch, die Herbert Marcuse kurz vor seinem Tode als „ungeheuren Widerspruch“ brandmarkte: „Er sagte, zum erstenmal in der Geschichte der Gattung hätte die technische Entwicklung ein Niveau erreicht, das ein Leben ohne physische Not und entfremdete Arbeit für alle Mitglieder der menschlichen Gesellschaft objektiv möglich macht. Zugleich sei die Politik in der Ersten und der Zweiten Welt darauf konzentriert, durch immer umfassendere autoritäre Kontrollen die Menschen davon abzuhalten, diese weltgeschichtliche Chance zu erkennen und praktisch zu ergreifen. Er wisse gar nicht worüber man sonst arbeiten solle, wenn nicht über diesen ungeheuerlichen Widerspruch“ .

Vielleicht ist es heute, da die ungerechte und ungerechtfertigte Ideologie des Neoliberalismus bröckelt und uns täglich an diesen Widerspruch, den Marcuse vor Augen hatte, erinnert, an der Zeit an das Versprechen der Moderne, das Habermas als das „unvollendete Projekt“, bezeichnete, zu erinnern: Wenn auch Historiker, Kulturwissenschaftler und Soziologen seit beinahe hundert Jahren darüber streiten, wann der Beginn der Moderne zu datieren sei, so lässt sich ihr politischer Durchbruch exakt bestimmen: Das mythische Jahr der Moderne ist das Jahr 1789. Mit dem Beginn der französischen Revolution wird die bereits zuvor in den philosophischen Texten der Aufklärung vorbereitete bürgerliche Emanzipation Ereignis. Mit der Proklamation des Rechts des Souveräns zur Verfassungsgebung und der *droits de l'homme et les citoyens* setzte diese politische Moderne gleich zu Beginn eine weit über Frankreich hinausweisende universalistische Perspektive, die sich etwa eindrucksvoll daran zeigt, dass die versklavten Plantagenarbeiter in der Revolution auf Haiti von 1791 die *Marseillaise* sangen (und so sehr zur Verwirrung der gegen sie marschierenden französischen Truppen beitrugen) und sich auf eben jenes Dokument beriefen.

Auch wenn es den bürgerlichen Revolutionen bekanntlich nicht gelang, die soziale Frage zu lösen, so war sie doch bereits in ihnen präsent. Die Konflikte zwischen den Revolutionären erscheinen im Rückblick wie die Miniatur der Antagonismen, die seither die bürgerliche Gesellschaft durchziehen. In den politischen Formen, die in ihrer Folge Gestalt gewannen, wurde mit republikanischer Rechtsstaatlichkeit zugleich ein Rahmen bereitgestellt, der diese Konflikte bearbeitbar machen sollte. Der Demokratisierungsgrad solcherart verfasster Gesellschaften mag sich mitunter stark unterscheiden: Der moderne Rechtsstaat bietet jedoch jederzeit Anknüpfungspunkte für den Prozess einer weitergehenden Demokratisierung, die auf die Implementierung sozialer Menschen- und Bürgerrechte orientiert. Von Anbeginn waren Verfassungen somit auch Ausdruck von sozialen Kräfteverhältnissen – nicht selten auch Dokumente von Kompromissen zwischen gesellschaftlichen Kollektivakteuren.

Ein Musterbeispiel solcher Kompromissbildung ist, wie der Politikwissenschaftler und Jurist Wolfgang Abendroth stets betonte, das Grundgesetz der BRD. Für die in seinem Geltungsbereich politisch Agierenden – wie die Mitstreiter\_innen des ISM – bedeutet das in ihm scharf herausgestellte Sozialstaatsgebot und die bewusste Offenheit der Wirtschaftsordnung ein wahrhaft modernes Verständnis von Gesellschaft, da es einen weiten Raum für die Austragung sozialer Konflikte lässt. Der auch über die Wiedervereinigung hinaus beibehaltene Artikel 146 betont zudem – sehr zum Ärger von konservativen Staatsrechtlern wie Josef Isensee – die verfassungsgebende Gewalt des Souveräns: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ (Art. 146 GG) Dass hier kein Verfahren normiert, sondern dem Souverän das unumschränkte Recht auf Veränderung eingeräumt wird, deutet auf ein tiefes demokratisches Verständnis hin, das gegen die postdemokratische Aushöhlung des politischen und gesellschaftlichen Systems in Stellung gebracht werden muss. Das Grundgesetz nimmt – in der Tradition des bürgerlichen Universalismus der Menschenrechte – stets eine kosmopolitische und internationale Perspektive ein, die Teilhabe an der „Verfassung der Welt“ für alle Menschen einfordert.

Wir lesen daher das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als Ausdrucks jener Version der Moderne, die als solidarische heute endlich die Chance hat, sich zu entfalten: Die Offenheit der Wirtschaftsordnung (BVerfGE 4,8/18), das Verständnis des Eigentums als Verpflichtung (Art. 14.Abs.2), das lenkende Eingreifen des Staates und die Möglichkeit der Überführung von Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum (Art.15), das Sozialstaatsprinzip

(Art.20) – all dies führt das Grundgesetz auf, um die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art.2) in die Wirklichkeit zu rufen. Wir glauben dass diese freie Entwicklung von der Aushöhlung der Demokratie verhindert und regelrecht bedroht wird. Das Individuum, das sich frei entwickelt, ist nicht das Individuum Thatchers, nicht das unternehmerische Selbst (Ulrich Bröckling). Es ist das Individuum, das selbst darüber entscheidet, wie es mit anderen zusammen arbeiten, leben, lieben möchte und wie es den gesellschaftlichen Reichtum verteilen will.

## **2. Wer wir sind und was wir wollen: Ein neuer Modus des Politischen**

Freilich bleibt der hier entwickelte optimistische Gedanke naiv, fast schon gefährlich naiv, bezöge er sich nur auf diesen erreichten Stand der Produktivkräfte und die vielleicht sogar fatalistische Hoffnung auf eine Konstitutionalisierung, die in den bisher bekannten Bahnen des politischen Systems verlaufen soll. Ohne eine politische Praxis, die zumindest immer wieder Hinweise auf den emanzipatorisch nutzbaren Gehalt der neuen Lage bietet, wäre dieser Optimismus in der tat fehl am Platz. Die These des ISMs (und seiner Demokratie AG) ist, dass sich hier und heute vor unser aller Augen ein neuer Modus des Politischen abzuzeichnen beginnt und dass wir in der glücklichen Lage sind, diese bis jetzt schemenhafte Zeichnung mit Farbe auszufüllen.

Wir glauben an die Chancen, die Praxis der Politik im Sinne einer solidarischen Moderne zu gestalten. Bevor wir also zu den Widrigkeiten kommen, die einer neuen Politik im Weg stehen und unsere konkreten Gegenmaßnahmen vorschlagen, müssen wir uns die Aufgabe vor Augen halten, die das ISM (und die Demokratie AG) lösen muss, um diese Praxis zum Leben zu erwecken. Die These, die für die politische Arbeit des ISM dabei leitend sein wird und die wir in drei Teilen entwickeln werden, ist, dass wir aufgrund der zugespitzten Widersprüche innerhalb der multiplen Krise einen sich aktivierenden Demos beobachten können, der eine neue Demokratisierung zu erwirken imstande ist. Dieser Demos überwindet die Tristesse bloßer Latschdemos und der hörigen Anrufung von Parteien, Parlamenten und Gerichten, wächst im Politischen darüber hinaus, ohne die Politik und das politische System aus den Augen zu verlieren. Die progressiven Kräfte der Politik – so der zweite, ebenso wichtige Teil unserer These – werden in der Lage sein, von einer neuen Dialektik des Politischen, hervorgerufen durch diese Aktivierung des Demos, zu profitieren.

Diese beiden Elemente bilden eine Doppelstrategie im neuen Modus des Politischen. Allerdings – und das ist schließlich der dritte Teil der These – ist diese Doppelstrategie nicht vom Wunsch einer Harmonie zwischen Partei und Straße erfüllt, die dann eintreten soll, wenn irgendein Erfolg

am Ende des Tages in Aussicht steht. Der neue Modus des Politischen erreicht nie dieses Ende des Tages und bleibt daher auf Dauer konfliktiv gestellt. Die neue Doppelstrategie ist daher gekennzeichnet durch eine gleichzeitige und unauflösbare Herrschaft institutioneller, außerinstitutioneller und antiinstitutioneller Politiken.

Oft ist geklagt worden, dass die formalisierte politische Demokratie verhindere mit ihrer parlamentarischen Arbeit, den Ausschüssen, Fraktionszwängen, dem Zeitdruck, der Themenfindung in der Öffentlichkeit, etc. wahre demokratische Politik geradezu. Wer dies bezweifelt, kann in einem Lehrbuch zum politischen System der BRD nachschlagen, Niklas Luhmanns Schriften zur Politik studieren oder am besten eine frustrierte, ehrliche Parlamentarierin fragen. Dennoch will das ISM will zeigen, dass diese politische Form noch immer Spielräume bereithält, in denen linke, sogar revolutionäre Politik, möglich ist. Um dies nicht nur zu behaupten, wollen wir offensiv die Grenzen der institutionalisierten Politik benennen und fragen: Welche emanzipatorischen Vorhaben von links scheitern von vornherein und aus welchem Gründen an strukturellen Vorgaben des Politischen Systems? Nur wenn diese Grenzen der politischen Form/des politischen Systems klar gesehen werden, vermeiden wir eine Diskussion mit dem Ergebnis, das Luhmann etwa (wie Marx es auch getan hätte) der soziologischen Handlungstheorie vorrechnet, nämlich dass „Zurechnung von Wirkungen auf Personen dem Schutz latenter Strukturen dient“ . Zum Erkennen der Grenzen des politischen Systems, das so statisch wie es scheinen mag nicht ist, gehört auch die Analyse seiner Veränderungen. Hier ist der Ort, an dem es gilt den Begriff der Postdemokratie einzuführen. Die „postdemokratische Tendenz“ steht einer emanzipatorisch ausgerichteten Politik der solidarischen Moderne im Weg

### **3. „Postdemokratie“**

Verbreitung fand der Begriff der Postdemokratie, ursprünglich geprägt in der französischen Gegenwartsphilosophie, durch eine zeitdiagnostische Arbeit zur gegenwärtigen Demokratiekrise, die Colin Crouch vor einigen Jahren vorgelegt hat: „Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten vorher ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik



hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ Charakteristisch für ein postdemokratisches politisches System ist nach Crouch also, dass der Demokratieabbau keineswegs mit der Zerschlagung bewährter politischer Institutionen oder einer diktatorischen Machtübernahme einhergeht, sondern vielmehr das Bestehende gleichzeitig erhält und aushöhlt: „Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluß privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert.“ Die postdemokratische Tendenz ist für Crouch also insbesondere eine Gefahr für jedes emanzipatorische und an sozialer Gleichheit orientierte Programm aus dem Spektrum der politischen Linken .

Crouchs Modell der Postdemokratie bezeichnet eine Form der Elitenherrschaft unter den Bedingungen formaldemokratischer Verfahren. Es ist vielleicht kein Zufall, dass der Verfasser – als er den Text im Jahr 2003 schrieb – sich gerade in Berlusconi's Italien aufhielt. Die von ihm benannten Merkmale ähneln wohl nicht zufällig denen, die der italienische Philosoph Domenico Losurdo unter dem Begriff „Soft-Bonapartismus“ zusammenfasst : Sie entspringen denselben politischen Beobachtungen. Für Crouch ist die postdemokratische Vision zunächst (noch) eine „Übertreibung“, die als Orientierungshilfe dienen soll. Allerdings vertritt er die These, „daß wir uns dem postdemokratischen Pol immer mehr annähern“ . Die Diagnose fungiert als Kompass. Mit seiner Hilfe kann der innere Zusammenhang zahlreicher Einzelentwicklungen erkundet werden, die in der gesamten „westlichen Welt“ zu beobachten sind. Anzumerken bleibt jedoch, dass für uns mit dem „Post“ der Postdemokratie kein Zurück zu einem „status quo ante“ einhergeht. Der Begriff „Postdemokratie“ neigt dazu, den Mythos zu nähren, es liege eine Erfüllung demokratischer Ansprüche in einer goldenen Vergangenheit - von solchen Idealisierungen der Vergangenheit ist Crouchs Argumentation nicht frei. Dies ist seine größte Schwäche.

Wann war die Sternstunde der Demokratie? Wann war Repräsentation der gesellschaftlichen Konflikte im Parlament je wirklich hergestellt? Beim Zensuswahlrecht? In der Weimarer Republik? Nach dem Krieg mit alten Nazis in vielen Positionen? Bei der Verabschiedung der Notstandsgesetze? Im deutschen Herbst 1977? Bei der Abschaffung des Asylrechts 1993? Der Parlamentarismus, der Rechtsstaat und das Parteiensystem sind nicht gutgemeinte aber immer wieder schlecht gemachte Institutionen. Die parlamentarische Politik zeigte, dass die Geschichte ihres

fortschrittlichen Gebrauchs immer dann, wenn es eigentlich darauf angekommen wäre (bei sogenannten „Flüchtlingswellen“, angesichts von Terrorismus oder sozialen Krisen), auch als Geschichte eines relativen Scheiterns gelesen werden kann. Um den Sozialstaat „zu retten“, baut man ihn ab; um die Demokratie zu „wehrhaft“ verteidigen, schränkt man sie ein und nennt dies Sicherheit; um die deutsche „Gastfreundschaft“ gegenüber Migrant\_innen zu retten wird das Asylrecht abgeschafft, usw. All dies sich nicht bloße Betriebsunfälle. Die Zeitdiagnose der Postdemokratie darf nicht blind machen gegenüber den strukturellen Problemen der Ausgrenzung und Einschränkung, die historischen demokratische Systeme stets eigneten. Trotz der unbezweifelbaren Errungenschaften, die einmal erreicht waren und die nun postdemokratisch zu Grabe getragen werden, wollen wir nicht einfach „zurück“ zu vermeidlichen demokratischen Erfolgsmodellen, (etwa den oft gelobpreisten skandinavischen Demokratien).

Doch selbst wenn wir dies wollten – und das hieße, sehr konkrete, historische und mit Fehlern behaftete nationalstaatliche Demokratien und ihre Form der Politik, über deren Grenzen wir oben sprachen, zu idealisieren – könnte es ein „zurück“ nicht geben. Geschichte lässt sich nicht wiederholen. Die Rezepte gegen den heutigen Demokratieabbau können nicht in der Vergangenheit gefunden werden. Allerdings gilt es die postdemokratische Tendenz selbst in ihrer Gewordenheit zu verstehen.

#### ***4. Elemente und Ursprünge postdemokratischer Herrschaft***

Die von Crouch und anderen beschriebene Demokratiekrise entstand nicht erst mit den ökonomischen Krisen der letzten Jahre. Wohl aber ist auch sie eine Folge jenes neoliberalen Kapitalismusmodells, das sich nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods und der Systemkrise von 1973ff. herausgebildet hat und das nach dem Ende der Systemkonkurrenz als Sieger der Geschichte galt. Die Postdemokratie ist ein Kind des „Postfordismus“. Fasst man Gesellschaft als problematisches Ganzes von Ökonomie, Politik und Ideologie und fasst man die Besonderheit des Postfordismus dementsprechend in der systematischen Entgrenzung und „Entbettung“ (Polanyi) des Ökonomischen, im Ausgriff der Verwertungswirtschaft auf das Ganze der Gesellschaft und einer weitgehenden „Kolonisierung der Lebenswelt“ (Habermas), so lässt sich Postdemokratie als der politische Ausdruck dieser „Subsumtion“ von Politik und Ideologie unter die Ökonomie verstehen. Darunter wäre dann eine breite Palette von Phänomenen zu versammeln, die von der postfordistischen Form der ökonomischen „Unterwerfung durch Erpressung“ („Prekarisierung“) über die postfordistische Form der affektiven und intellektuellen Einbindung der Subjekte („subalterne Unternehmerisierung“) bis zur spezifisch postfordistischen

Form der direkten Einwirkung der Ökonomie auf die Politik (Subsumtion des Nationalstaats unter die Globalisierung, Verbetriebswirtschaftlichung von Staatlichkeit) reicht. Die Durchsetzung des postfordistischen Finanzmarktkapitalismus ging einher mit einer systematischen Entmachtung der Zivil-Gesellschaft. Zu den berühmtesten geflügelten Worten der Margeret Thatcher gehört – neben dem Postulat der angeblichen Alternativlosigkeit – das Apercu: „Ich kenne keine Gesellschaft, ich kenne nur Individuen.“ Dass Thatcher mit libertären Hoffnungen, die den Ausbruch aus dem starren Korsett von Konventionen und Zwängen zum Ziel hatten, bloß spielte, während mit Individuen eigentlich Kapitaleigner gemeint waren, wird deutlich, wenn man sich das Zwangs- und Angstregime vor Augen führt, das die Deregulierung des Kapitalismus und der Abbau sozialer Rechte nicht nur für die zunehmende Zahl von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten erzeugte, sondern das Gefühl der Unsicherheit bis weit in die Mittelschichten hinein zur Lebenskonstante gemacht hat . Die Erosion und Fragmentierung der klassischen Klassenmilieus – auf die auch Crouch detailliert eingeht – und ihrer koordinierten Interessen hatte zudem eine wachsende politische Sprachlosigkeit dieser gesellschaftlichen Gruppen zur Folge.

- Die tradierten korporatistischen Interessenvertretungen gerieten in die Krise, gewerkschaftliche Organisationsgrade sanken oder stagnierten und langjährige Partnerschaften – wie die zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratien – wurden erschüttert. Die „Krise der Repräsentation“ besteht nicht zuletzt darin, dass zunehmend größere Teile der Bevölkerung keine Stimme in den Parlamenten finden können, die ihre Interessen vertreten würde. In der Bundesrepublik verschärften sozialpolitische „Reformen“ im Umfeld der Agenda 2010 („Hartz-Gesetze“) den Druck auf subalterne gesellschaftliche Gruppen, ohne dass sie irgendeinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen hätten nehmen können. Der Niedriglohnsektor explodiert und Arbeitnehmer machen die Erfahrung, dass sie von den üppigen Gewinnen des gegenwärtigen Aufschwungs nichts haben. Colin Crouch verweist zudem auf die Strukturen „globaler Unternehmen“, die eine koordinierte Politik der Gegenmacht von Arbeitnehmerorganisationen beinahe unmöglich macht .
- Bereits in den neunziger Jahren prägte der kanadische Sozialwissenschaftler Stephen Gill den Begriff eines „neues Konstitutionalismus“, mit dem er die Tendenz zur Durchsetzung einer liberalen Weltwirtschaftsverfassung durch Vertragswerke und transnationale Organisationen wie die WTO an den lokalen Bevölkerungen vorbei bezeichnete. Der durch solche Arrangements (man denke nur an die Politik der Strukturanpassungspro-

gramme des IWF in den achtziger und neunziger Jahren) erzeugte Druck zur Öffnung von Märkten und zur Privatisierung der Infrastrukturen nahm Bevölkerungen im Zentrum und in der Peripherie tendenziell jedwede Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Wirtschaftspolitik „ihrer“ Regierungen. Die „Sachzwänge“, die auf diese Weise politisch erzeugt wurden, dienten dann wiederum als Beleg für die Alternativlosigkeit von Sozialabbau und der Privatisierung öffentlicher Güter. Als fatal erwies sich in diesem Zusammenhang auch die Verquickung eines so bedeutsamen Projekts wie der Europäischen Integration mit der Durchsetzung einer liberalisierten europäischen Wirtschaftspolitik. Die Erfahrungen, die die griechische Bevölkerung derzeit macht, sind dafür ein aussagekräftiger Beleg: Der Politik scheint der Zugriff auf außerhalb des nationalen Systems zustande gekommene Entscheidungen entzogen. Selbst wenn eine demokratisch erzeugte Politik den Spardiktaten widerstehen wollte, unterläge sie übergeordneten Zwängen. Damit ist aber die Überzeugungskraft der Demokratie selbst gefährdet, denn wenn die für Demokratie unabdingbare Voraussetzung der Möglichkeit demokratischer Selbstwirkung nicht länger gegeben ist, dann erscheint es irrelevant, für welche Politik sich demokratisch entschieden wird und demzufolge erscheint auch Partizipation als solche irrelevant, geradezu irrational. Wenn europäische Politik jedoch von den europäischen Bevölkerungen als systematische Entmachtungs- und Enteignungspolitik (Harvey) erfahren wird, droht die Europäische Einigung als Ganze in eine Legitimitätskrise zu geraten. Die gefährliche Tendenz, dass europäische Bevölkerungen sich in Konkurrenz gegeneinander gesetzt empfinden (man denke nur an die derzeit von „höchsten Stellen“ gepflegten Moralisierungen und Vorurteile, denen zufolge „die Griechen“ oder „die Südeuropäer“ faul und verschwenderisch seien), ist das Gegenteil jener demokratischen europäischen Öffentlichkeit, deren Entstehung Jürgen Habermas seit Jahren als ein entscheidendes Kriterium für einen gelingenden Integrationsprozess hervorhebt.

- Die „Krise der Öffentlichkeit“ betrifft längst nicht mehr „nur“ den Europäischen Raum als Ganzen. Die erschreckenden Nachrichten, die in diesem Sommer einen Filz von Politik und finanzstarker Medienmacht in Großbritannien offenlegten, stehen für ein Strukturproblem, nicht bloß für das „verwerfliche“ Handeln dieses oder jenes Politikers. Prägnant schreibt Colin Crouch: „Eine Gruppe mächtiger, politisch überaus bedeutender Unternehmen – die Konzerne der Medienindustrie – trägt direkt zum Verfall der politischen Sprache und Kommunikation bei – zwei wichtige Symptome des besorgniserregenden Gesundheitszustands der Demokratie.“ Man muss nicht nach Italien schauen, wo es einem Medienmogul als Ministerpräsident möglich wurde, fast den gesamten

Mediensektor zu kontrollieren. Auch hierzulande stehen die öffentlich-rechtlichen Medien unter einem enormen Konkurrenzdruck. So beredt sie sein mögen, auch die öffentlich-rechtlichen Medien verstärken oftmals die Sprachlosigkeit subalternen Gruppen. Dabei ist es nicht nur die oftmals erfolgreiche Lobbyarbeit von Gruppierungen wie der „Stiftung Neue Soziale Marktwirtschaft“, deren Tätigkeit – wie vor einigen Jahren der Schleichwerbungsskandal in der ARD zeigte, mitunter auch die Grenzen der Legalität überschreiten –, sondern auch „Zwänge“ der Marktbehauptung. Während sich in Sendereihen wie dem Tatort mitunter genaue Beobachtungen sozialer Verhältnisse finden lassen, leben gerade die politischen Informationssendungen allzu oft von inszenierten Scheingefechten, die an den wirklichen gesellschaftlichen Problemlagen vorbeidiskutieren. Die Krise der Repräsentation in den Parlamenten findet hier ihre Entsprechung im Feld der veröffentlichten Meinung. Dennoch wäre es zu einfach, bloße Medienschelte zu betreiben. Insbesondere einfache Manipulationsbilder greifen zu kurz. Linke Medienanalyse und -Kritik wäre ein Feld, dass es – medientheoretisch auf der Höhe der Zeit – wieder zu entdecken und zu beackern gelten würde.

- Eine – wenn auch skizzenhafte – Bestandsaufnahme der Tendenz zum Demokratieabbau muss auch auf die im Windschatten von Terrorismusängsten betriebene Politik der Aushöhlung von Bürgerrechten zu sprechen kommen. Auch wenn einige Versuche – wie das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung oder die Legalisierung des Abschusses von Zivilflugzeugen – auf juristischem Weg verhindert werden konnten, stehen die Zeichen doch nach wie vor auf dem Ausbau von Repressionsapparaten. Der reflexartige Ruf insbesondere deutscher Politiker nach verschärfter Überwachung und schärferen Gesetzen nach den grauenhaften Anschlägen von Oslo und Utöja steht in einem auffälligen Kontrast zur bewundernswerten Umsicht der norwegischen Sozialdemokratie, die – von dem, dem rechtspopulistischen Sumpf entstammenden, Terroristen Breivik als Vertreter eines „Kulturmarxismus“ ausgemacht – zum unmittelbaren Ziel eines grausamen Terrorakts wurde, der der gesamten Linken galt. Die Instrumentalisierung dieses Massenmords zur Legitimation einer repressiven Sicherheitspolitik durch konservative deutsche Politiker zeigt nur noch einmal, dass den Verächtern der Demokratie kaum eine Geschmacklosigkeit zu bitter ist. Sie zeigt, mit welcher Vehemenz und Skrupellosigkeit hier Errungenschaften der Demokratie bekämpft werden sollen.

## **5. Demokratisierung**

Wenn wir uns der Diagnose des gegenwärtigen Zustands der demokratischen Gemeinwesen als „Postdemokratie“ anschließen, dann wollen wir damit auf die Entleerung von Demokratie in Form einer systematischen Passivierung des demos aufmerksam machen. Diese Passivierung, die auf ganz unterschiedliche Weise in den verschiedensten Kontexten erfahren wird, wird in den westlichen Wohlfahrtsstaaten häufig mit den „goldenen Jahren“ keynesianischen Nachkriegsperiode verglichen. Das in Zeiten der Blockkonfrontation starke Bündnis aus Gewerkschaften, sozialdemokratischen Parteien und politischen Intellektuellen ist erodiert. Seither ist – kurz gesagt – ein steter Abbau der sozialen Errungenschaften erkennbar – und mit ihnen auch eine Aushöhlung demokratischer Standards. In der „Postdemokratie“ laufen die Verfahren der Demokratie leer: Sie erreichen weder eine Änderung der Politik, noch bewirken sie die Bildung oder Partizipation des demos.

Was die jüngsten Bewegungen und Proteste allerdings zeigen, ist, dass es auch heute möglich ist, den demos zurückzurufen. Demokraten, die der Tendenz zur Postdemokratie etwas entgegensetzen wollen, dürfen sich nicht nur auf etablierte politische Institutionen verlassen, sondern müssen sich dem Politischen selbst zuzuwenden und so die Dialektik zwischen der institutionalisierten Politik und dem Politischen ins Leben rufen. Was das bedeuten kann, lässt sich derzeit in Spanien beobachten, wo das Ziel der Proteste eine Änderung der politischen Verfahren selbst ist: Der demos, das „Volk“ (in einer sozialen Begrifflichkeit), ist hier nicht mehr als *pouvoir constitué*, sondern als *pouvoir constituant* aktiv, als verfassungsgebend, nicht als verfasst. Der demos macht von seinem immer vorhandenen Recht Gebrauch, sich die Verfassung und Verfahren zu geben, die er für richtig hält. Auch hier lässt sich allerdings noch nicht absehen, welchen Erfolg diese Aktivitäten haben werden. Doch allein ihre Existenz gibt Grund zur Hoffnung.

Für die Formulierung eines politischen Programms, das der postdemokratischen Tendenz etwas entgegensetzt, ist eine Erkenntnis entscheidend: Die Krise der Demokratie ist nicht zuletzt eine Krise der Linken. Das Scheitern der klassischen Konzepte linker Politik im 20. Jahrhundert hat die gesamte Linke – was immer ihre Bezugspunkte sind, ob sie sich als politische oder kulturelle Linke versteht – in eine tiefgreifende programmatische Orientierungskrise gestürzt. Ihre Defensivposition ist beinahe schon chronisch geworden. Es ist bislang kaum gelungen, eine vorwärtsweisende Antwort auf den „Postfordismus“ zu formulieren oder ein kohärentes alternatives Gesellschaftsprojekt auszuarbeiten. Dies ist ihr kaum vorzuwerfen. Eine politische Programmatik, die Aussicht auf wirkliche Veränderung haben soll, kann nicht am grünen Tisch konstruiert werden, sondern muss in der politischen Praxis entstehen. Die Arbeit an einem neuen

linken Gesellschaftskonzept ist ein sozialer Lernprozess, der sich über kollektive Konflikt Erfahrungen, über das Formulieren von Teilprojekten und in lebendigen Diskussionen vermittelt und der sowohl partielle Erfolgserlebnisse als auch Erfahrungen des Scheiterns einschließt. Weltanschauliche Abschließungen an der Realität vorbei sind in einem solchen Prozess ebenso hinderlich wie Denkverbote und destruktive Grabenkämpfe. Es macht keinen Sinn so zu tun, als habe man auf alle Probleme bereits Antworten: „Fragend schreiten wir voran ....“ – dieses Motto drückt ein Selbstverständnis der Offenheit und Experimentierfreude aus, das vielfältigen politischen Traditionen und Erfahrungswelten Diskussionsräume und Partizipationsmöglichkeiten eröffnen soll. Gänzlich unproduktiv ist in einem solchen Prozess auch die abstrakte Entgegensetzung von (in der Mainstream-Presse oftmals als „Besitzstandswahrung“ denunzierten) Abwehrkämpfen und transitorischen, offensiven Forderungen. Gerade in der Abwehr der „fortschreitenden“ postdemokratischen Tendenz liegen zugleich die Chancen wieder in die Offensive zu kommen: Hier ist das Feld, in dem Alternativen formuliert und „ausprobiert“ werden können, in dem sich der notwendige gesellschaftliche Lernprozess vollzieht. Wirksam beackern kann es heute nur eine crossover arbeitende Mosaik-Linke (Hans Jürgen Urban), die unterschiedliche politische Traditionen zusammenführt, Parteien ebenso einschließt wie Gewerkschaften, (neue) soziale Bewegungen und kritische Intellektuelle.

Weil die Arbeit am gesellschaftlichen Programm der Linken stets an den Entwicklungen und Verwicklungen des Bestehenden ansetzen muss, ist die Offenheit des Prozesses nicht mit Beliebigkeit zu verwechseln. Bei allen Unterschieden gilt es dabei auch jene Aspekte hervorzuheben, die als linker Konsens angenommen werden können. Bezogen auf die postdemokratische Tendenz gilt: Will die Linke politikfähig werden, muss sie an einem substantiellen Begriff der Demokratie festhalten, der die liberale Entgegensetzung von bürgerlichen Freiheitsrechten und sozialen Gleichheitsrechten nicht akzeptiert. Demokratie verwirklicht sich in den Ländern des Nordens nicht mehr allein als Frage nach politischer Freiheit, wie dies in offen autoritären Staaten vielleicht noch der Fall sein mag, sondern als Frage nach der Gestaltungskraft des demokratischen Souveräns hinsichtlich des Sozialen. Folglich können als Demokratisierung alle Versuche verstanden werden, die die soziale Frage in emanzipatorischer Weise stellen. Die Rede von einer „politischer Demokratie“ unter gesellschaftlichen Bedingungen, wo Demokratie ihre Grenze an den Werkstoren findet, große Teile der Lebenswelt privaten Diktaten unterworfen bleiben und in Kauf genommen wird, dass große Teile der Bevölkerung – zwar zumeist nicht formal (wobei insbesondere im Kontext von Migrationsbewegungen auch dies der Fall ist) – faktisch von Teilhabe ausgeschlossen sind, ist bloße postdemokratische Rhetorik. Demokratisierung bedeutet Rückrufung des demos, Selbstermächtigung der Machtlosen,

Beseitigung materieller Ungleichheit als Bedingung für die produktive Entfaltung von Unterschieden. Es gibt keine Demokratisierung ohne Antworten auf die soziale Frage. Ebenso gibt es keine Demokratisierung ohne den Kampf für die Herstellung des Primats der Demokratie über die Wirtschaft. Erst die soziale Demokratie verwirklicht Volkssouveränität als Gestaltungskompetenz über die gesellschaftliche und ökonomische Wirklichkeit. Deshalb setzt die Überwindung der Krise der Demokratie die Überwindung der Krise der Linken voraus.

## **6. Solidarische Moderne**

Diese wahre Aktivierung des demos ist das zentrale Element einer Demokratisierung von Politik und Gesellschaft. Dieses Programm muss heute – und damit kommen wir auf unseren Verweis auf das unvollendete Projekt der Moderne zurück – als das Projekt einer solidarischen Moderne ausbuchstabiert werden.

Dass eine solcherart normativ verstandene Charakterisierung der Moderne des Zusatzes „solidarisch“ überhaupt bedarf, hängt damit zusammen, dass das begrifflich Erreichte in der Ausgestaltung moderner Gesellschaften nur allzu oft unterschritten wurde. Die andauernden Konflikte zwischen privatwirtschaftlichen Verwertungsinteressen und wirklicher Inklusion aller Menschen machen es nötig, explizit in Erinnerung zu rufen, dass Demokratie der Solidarität bedarf, also der Herstellung von politischer und sozialer Gleichheit, ohne die das Freiheitspostulat eine Worthülse bleibt.

Das Projekt einer solidarischen Moderne ist ein Projekt zur Demokratisierung all jener Ebenen, die der postdemokratische Erosionsprozess erfasst: Solidarische Moderne steht für die Verteidigung und den Ausbau einer Sozialstaatlichkeit, die Absicherungen im Fall von Krankheit ebenso als Bürgerrecht etabliert, wie eine würdige Altersversorgung und das Recht auf frei zugängliche Bildung. Eine in solidarischer Weise moderne Gesellschaft benötigt einen starken und gut bezahlten öffentlichen Dienst, der nicht nach Verwertungskriterien wirtschaften muss, sondern dessen Effizienz daran gemessen wird, wie nützlich er für die Reproduktion und Versorgung der Gesellschaft ist. In der Perspektive einer solidarischen Moderne erscheinen Alters- und Kinderarmut, ein wachsender Niedriglohnsektor, die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse oder gar die Exklusion aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozess als unwürdiger Zustand angesichts eines nie zuvor erreichten Standes der Produktivkräfte. Wer sich dem Ziel einer solidarischen Moderne verpflichtet weiß, ist nicht bereit, gesellschaftliche Lebensrisiken zu individuellen Risiken zu privatisieren oder diejenigen, die in der Konkurrenzge-



sellschaft auf der Strecke bleiben, mit fadenscheinig moralisierender Arroganz zu stigmatisieren. Unter den derzeitigen Bedingungen tritt „solidarische Moderne“ als ein radikalreformerisches Programm in Erscheinung, das bereit ist gegen die postdemokratische Tendenz anzukämpfen, die eine „Moderne“ ohne Solidarität zu etablieren versucht.

Das Programm einer solidarischen Moderne steht somit gegen jene neoliberale „rohe Bürgerlichkeit“ (Heitmeier), die selbsternannte Eliten à la Sarrazin derzeit zelebrieren. Seine Anhänger sind nicht bereit, den Thesen zu folgen, denen zufolge die gegenwärtige Gesellschaft von einer unkontrollierbaren Komplexität geprägt sei und Forderungen nach Emanzipation, Freiheit und Gleichheit utopische Wunschvorstellungen angesichts knapper Kassen bleiben müssen. Wo reiche Gesellschaften sich arm rechnen und ihre mathematischen Verrenkungen mit Sachzwängen begründen, die eine falsche Politik allererst erzeugt hat, während zugleich Milliarden mobilisiert werden können um einen ins Straucheln geratenen Finanzmarkt zu füttern, scheint „spätromische Dekadenz“ in der Tat nicht allzu weit entfernt – liegt jedoch nicht dort, wo die rohe Bürgerlichkeit uns glauben machen will. Das Projekt einer solidarischen Moderne ist zugleich vorwärtsgewandt:

Es geht also, um diesen Punkt noch einmal herauszustellen, gerade nicht um ein Zurück zum Fordismus, in dem etwa Vollbeschäftigung um den Preis patriarchaler Familienformen, mitsamt der Beschränkung der Lebensformen und einer nationalen Spießigkeit wider die internationale Solidarität erkaufte war. Bevor solidarische Moderne ein Zustand sein kann, muss sie sich als Bewegung artikulieren und in der Auseinandersetzung Konzepte schärfen aber auch neue Formen politischer Aktivität erproben. Hierzu zählen auch Allianzen wie Mitte-Unten-Bündnisse. Die Herausforderung eines gemeinsamen Gegenprojektes der gesellschaftlichen Linken unter postdemokratischen Verhältnissen besteht darin, stets beide Perspektiven zu verbinden: Einerseits die Re-Etablierung eines gesellschaftlichen Links-Rechts-Schemas, das der postdemokratischen Orientierung auf expertokratische und scheinbar unparteiliche Konsensgenerierung eine linke, demokratisierende Alternative entgegensetzt. Andererseits die Artikulation von Unmut und Protest gegen eine zunehmende Verselbstständigung der politischen Klasse und ihrer Institutionen. Die Kritik am neoliberalen Inhalt muss mit einer Kritik der postdemokratischen Form praktisch zusammengehen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit muss eine Bewegung auf dem Weg in eine solidarische Bewegung mindestens auf folgenden Ebenen nach Antworten suchen:

- Das Projekt einer Erneuerung und Erweiterung des Sozialstaats setzt Antworten auf die Postdemokratische Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten im Zuge von Prekarisierung und Perspektivlosigkeit voraus. Der zunehmenden Macht- und Sprachlosigkeit muss sowohl durch eine Unterstützung der Revitalisierung von Gewerkschaften begegnet werden, als auch mit der Förderung von alternativen Formen der Selbstorganisation etwa in Arbeitsloseninitiativen. Über politische Formen der Auseinandersetzung und konkrete Forderungen benötigt die einer solidarischen Moderne verpflichtete Mosaiklinke eine rege, freundschaftliche aber auch kontroverse Diskussionskultur, die etwa Anhänger der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen mit solchen Kritikern dieses Konzepts ins Gespräch bringt, die sich politisch weiterhin am Ziel der Vollbeschäftigung orientieren. Zugleich dürfte ein breiter Konsens zu tagespolitischen Feldern der Auseinandersetzung bestehen, wie der Einführung eines adäquaten Mindestlohns, der Abschaffung von Hartz IV, der Erhaltung von Flächentarifverträgen, der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, der Durchsetzung von equal pay zwischen den Geschlechtern, aber – solange Leiharbeit noch besteht – auch zwischen Leiharbeitern und Kernbelegschaften. Die Forderung nach einer wirklichen universellen Bürgerversicherung gilt es ebenso zu unterstützen, wie jeden Ansatz einer radikalen Steuerreform, die soziale Gerechtigkeit als materielles Projekt einer egalitären Gesellschaft versteht. Ein wesentliches Feld ist zudem der Kampf gegen weitere Privatisierungen und den Ausverkauf öffentlicher Güter. Wertvolle Erfahrungen und Politisierungen könnten auch im Rahmen partizipativer kommunaler Haushalte gesammelt werden. Die Anhänger einer solidarischen Moderne wissen sich im Grundsatz mit all jenen verbunden, die die Sprachlosigkeit von unten aufbrechen und neue Denkanstöße in die Debatte einbringen. Im Kern geht es um eine nachhaltige, sozialökologische Erneuerung der Gesellschaft, wie sie gegenwärtig auch im Rahmen der Diskussion um eine wirkliche Energiewende geführt wird. Demokratisierung bedeutet in diesem Kontext stets auch die Demokratisierung der Wirtschaft. Die gegenwärtig geführte Debatte um neue Formen der Wirtschaftsdemokratie, die mehr sein muss als ein Wettbewerbs- oder Krisenkorporatismus – ist daher ein wesentlicher Bezugspunkt für das Projekt einer solidarischen Moderne.
- Das Projekt einer solidarischen Moderne darf und kann sich zudem nicht auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränken. Es steht vielmehr für einen sozialen Kosmopolitismus, der für eine andere Weltwirtschaftsordnung kämpft und für die Durchsetzung auch und gerade der sozialen Menschenrechte, wie sie in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, ebenso eintritt wie für eine konsequente Frie-

denpolitik, die kriegerische Konfliktlösungsstrategien und insbesondere die militärische Selbstermächtigung von Militärbündnissen und Staatenkoalitionen ablehnt. Eine auf weitere Marktöffnungen und Liberalisierung drängende Weltwirtschaftspolitik steht der Perspektive einer universellen Demokratisierung der menschlichen Verhältnisse entgegen. Mindestens gilt es die Forderungen nach einer „Konstitutionalisierung des Völkerrechts“ um die Dimension weltweiter sozialer Mindeststandards zu erweitern. Das Projekt einer solidarischen Moderne steht zudem für ein demokratisches Europa ein, das der panischen Angst vor einer „Transferunion“ mit der Forderung nach einer sozialen Union begegnet. Ein europäischer Entwicklungspfad der die Differenzen zwischen reichen und armen Mitgliedsländern vertieft und – wie derzeit in Griechenland – die Interessen der reichen Länder auf Kosten der Bevölkerungen ärmerer Länder durchsetzt, könnte sich als destruktiv für den ganzen Prozess der europäischen Einigung erweisen. Solange die Europäische Union als ein Elitenprojekt erscheint, dass die Beteiligungsrechte der Subalternen gesellschaftlichen Gruppen in den Mitgliedsländern umgeht, solange wird die EU in immer neue Legitimationskrisen stürzen und ihr Versprechen ein Verbund der Völkerverständigung zu sein, uneingelöst lassen.

- Das Projekt einer solidarischen Moderne schließt auch die Demokratisierung der Medien ein. Von einer demokratischen Öffentlichkeit kann derzeit nicht gesprochen werden. Sich hier nur auf die Kraft neuer Medien und sozialer Netzwerke zu verlassen, reicht nicht aus. Das Meinungsmonopol muss auch in den traditionellen, „analogen“ Massenmedien gebrochen werden.
- Die Bewegung für eine solidarische Moderne ist zugleich auch Bürgerrechtsbewegung. Der Ausbau von Repressions- und Überwachungsapparaten kann nicht einfach hingenommen werden. Stattdessen gilt es, einen sozial gefüllten Freiheitsbegriff zu vertreten, der die Forderung nach materieller Sicherheit mit der Forderung nach freier Meinungsäußerung und der Verteidigung bereits erreichter Freiheitsrechte konsequent verbindet. Insbesondere ist der gegen jede Form von Diskriminierung aufgrund weltanschaulicher und religiöser Bekenntnisse, der Geschlechtszugehörigkeit (Mann, Frau, Transgender etc.), der sexuellen Identität und Orientierung oder der ethnischen Zugehörigkeit eine Selbstverständlichkeit für jeden Demokraten und jede Demokratin. Dieser Kampf schließt auch ein, den Grundsatz der Antidiskriminierung über staatliche Organe hinaus auszudehnen und in einem umfassenden Sinn auch im Miet- und Arbeitsrecht zu implementieren. Insbesondere muss den Formen einer „sekundären Ausbeutung“ (Dörre)

das Recht auf gleiche Arbeitsbedingungen entgegengehalten werden. Dieser umfassende Begriff von Bürgerrechten ist nicht vereinbar mit jenen liberalen Verkürzungen, die jederzeit bereit sind, individuelle Freiheiten den Verwertungsinteressen großer Konzerne zu opfern.

## **6. Akteure und Formen der Veränderung**

In der berühmten Schlusssequenz des unter der Mitarbeit von Bert Brecht entstandenen Filmklassikers „Kuhle Wampe“ fragt ein Herr im Frack: „Und wer wird die Welt ändern“. Es ist eine junge Arbeiterin, die ihm antwortet: „Die, denen sie nicht gefällt.“ Das ISM versteht sich als ein crossover-Projekt, in dem zahlreiche politische und gesellschaftliche Akteure zusammenfinden, weil ihnen die bestehenden Verhältnisse nicht gefallen, wobei der Grund für dieses Nichtgefallen unterschiedlich sein kann. Die Ausgangsbedingungen der Veränderung sind nicht eben günstig, so hoffnungslos wie es mitunter scheinen mag, ist die Lage aber auch nicht. Die politische Praxis der Demokratisierung besteht zunächst darin, den sprachlos Gemachten ein Forum zu bieten, in dem sie sich artikulieren können: „Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheit auch aktiv nutzt.“ Das ISM ist nicht in der Lage, voluntaristisch soziale Bewegungen entstehen zu lassen, es ist jedoch unverzichtbar, wenn es darum geht, entstehende Bewegungen ins Gespräch miteinander zu bringen und an Synthesen unterschiedlicher Forderungen zu arbeiten. Dies kann nur gelingen, wenn parlamentarische und außerparlamentarische Bemühungen, Bewegungen und Parteien, radikale und weniger radikale Positionen zusammenfinden, das Gespräch suchen und an gemeinsamen Projekten arbeiten.

Die Versuche, solche Bündnisse zu schmieden, sind zahlreich. Die Beispiele des Scheiterns solcher Bemühungen auch. Dass es dennoch unverzichtbar ist, immer wieder neu Initiativen zu starten, die – ohne blauäugig in immer wieder die selben Fallen zu tappen – an der Sammlung und Verstetigung disparater Traditionen, Strömungen und Bewegungen der Linken arbeiten, resultiert allerdings aus der Sache selbst: Nur eine gemeinsame Bemühung um Veränderung hat Aussicht auf Erfolg. Es gehört zum historischen Erfahrungsschatz sozialer Bewegungen, dass die Ereignisse ihres Triumphs sich oft als flüchtig erwiesen haben. Ohne planende Organisationen können sich öffentliche Plätze zwar mitunter füllen, nur allzu oft verpuffen jedoch die Forderungen oder werden von etablierten Organen partiell übernommen, woraufhin die Mobilisierungskraft von Bewegungen abnimmt. Umgekehrt gehört es zum Erfahrungsschatz

oppositioneller Akteure im etablierten politischen Feld, dass sich der „Marsch durch die Institutionen“ als Anpassungsprozess an das Bestehende vollzieht, dessen eingespielte Rituale sich als mächtiger erweisen als die Empörung, die ursprünglich der Stachel für das politische Engagement gewesen sein mag. Die unmittelbare Demokratie der Marktplätze und Straßen scheitert somit häufig daran, dass sich Massenmobilisierung nicht auf Dauer stellen lässt. Die mittelbare Demokratie der Parlamente und Repräsentationsorgane daran, dass die Staatsapparate ihre eigenen Logiken etablieren, die gegenüber der Dynamisierung und Veränderung eine zähe Reproduktionskraft des Bestehenden offenbaren. Die zentrale Frage einer Praxis der Demokratisierung ist folglich die Frage nach der Vermittlung zwischen unmittelbarer und mittelbarer Demokratie und damit zugleich nach Akteuren und Formen der Veränderung.

Das gilt auch für die Mosaiklinie selbst: Erstens betrifft es das Verhältnis der unterschiedlichen Orte und Organe des kollektiven, kontroversen Diskurses. Zweitens hat dies Folgen für die Rolle und Funktionsweise progressiver Parteien, die selbst zum Gegenstand postdemokratischer Transformation geworden sind. Hier sind notwendige Reformprozesse zu innerparteilicher Demokratisierung und institutioneller Reform angesprochen, die der postdemokratischen Transformation der Parteien in sich selbst reproduzierende Technokratennetzwerke entgegenwirken. Drittens schließlich sind Perspektiven direkter Demokratie angesprochen.

Orte und Organe des kollektiven, kontroversen – Diskurses. In der politischen Debatte wird in den letzten Jahren vermehrt über direkte Demokratie gesprochen. Beim genauen Blick, was hierunter verstanden wird, enthüllt sich jedoch oftmals die naive Vorstellung von der Macht des Plebiszits. In Hessen wird „das Volk“ gefragt, ob es für die Schuldenbremse ist, in Stuttgart wird ein Schlichtungsprozess ohne bindende Wirkung initiiert, dem es gelingt die Bewegung rasch abflauen zu lassen und der dennoch massenwirksam als großer Schritt für die Demokratie gefeiert wird, in Österreich wird das Wahlalter von 18 Jahren auf 16 Jahren gesenkt – immerhin mit dem Erfolg, dass eine hektische Diskussion über die Bedeutung politischer Bildung einsetzt und in Deutschland wird in regelmäßigen Abständen darüber debattiert, ob man – trotz Weimar – den Bundespräsidenten direkt wählen sollte. All diese Maßnahmen tragen kaum zu einer Demokratisierung im hier gemeinten Sinn bei. Sieht man vom zahnlosen Stuttgarter Schlichtungsprozess ab, so sprechen sie zumeist einzelne als politische Subjekte an, ohne in Rechnung zu stellen, dass sich kollektive Interessen nur in kollektiven Aktionen und Erfahrungen bilden können, wie sie insbesondere in südeuropäischen Ländern in politischen Streiks gewonnen werden. Solange „das Volk“ nur von oben gerufen wird, um dieses oder jenes zu entscheiden, wird kein Ausweg aus der postdemokratischen Tendenz gewiesen, sondern lediglich

ein scheindemokratisches Theaterstück inszeniert, in dem sich die kaum verhüllte Hoffnung artikuliert, durch Mehrheitsakklamation Legitimitätsschübe zu organisieren. Historisch kam kein Bonapartismus ohne Plebiszite aus. Dies sollte zu denken geben. Auffallend ist zudem, dass gleichzeitig ein immerwährender Diskurs um Einschränkungen der repräsentativen Demokratie geführt wird: Nicht nur, dass die Fünf-Prozenthürde über jede Kritik erhaben scheint, in den letzten Jahren kam es immer wieder zu Verlängerungen von Amts- und Legislaturperioden. Der undemokratische Begriff des „Durchregierens“ wurde gar zu einem Wahlkampfschlager, vor dessen Realisierung uns nur der permanente Streit zwischen FDP und CDU bewahrte.

Eine wirkliche demokratische Erneuerung kann nicht von bloßen Volksbefragungen ausgehen, sondern muss die Artikulation und Partizipation disparater gesellschaftlicher Interessen ermöglichen. Politische Parteien, die in der Lage sind in der Arena der repräsentativen Demokratie Themen und Vorschläge auf die Agenda zu setzen, sind ebenso erforderlich wie Gewerkschaften, die die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern organisieren und ausdrücken können. Starke soziale Bewegungen, die ihren Protest auf die Straße tragen sollten hingegen nicht als Bedrohung wahrgenommen werden, sondern als eine wesentliche Form, in der sich kollektive Interessen als Vetomacht und Motor von Veränderung artikulieren können. Auf allen Ebenen muss es darum gehen, das Nicht-Repräsentierte, das sprachlos gemachte, das Verdrängte zum Bestandteil öffentlicher Debatte zu machen. Für Organe der Vermittlung zwischen mittelbarer und unmittelbarer Demokratie muss daher noch immer gelten, was Stephen Gill bereits vor gut zehn Jahren – angesichts der Proteste von Seattle und Genua und der frühen Bewegung der Sozialforen – wie folgt formulierte: „Die neuen Formen kollektiven Handelns beinhalten innovative Konzepte sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, soziale Möglichkeiten von Wissen, Emanzipation und Freiheit. Der Inhalt ihrer sozialen Mythen schließt Diversität, Einheit von Planet und Natur, Demokratie und Gleichheit ein. Was wir deswegen diskutieren, ist gleichzeitig eine politische Partei, ebenso wie eine Erziehungsform und auch eine Kulturbewegung. Wie auch immer, sie handelt nicht im alten Sinn einer institutionalisierten und zentralisierten Repräsentationsstruktur. Tatsächlich ist diese ‚Partei‘ nicht als solche institutionalisiert, da sie eine multiple und verzweigte Form hat.“ Ein solcher „Gesamtakteur“ allerdings muss auch traditionelle Organisationsformen und Repräsentationsstrukturen als Glieder einschließen, ohne dass sie – Urbans Metapher der Mosaiklinken entsprechend – eine Avantgardefunktion beanspruchen könnten. Der demos artikuliert sich nicht monolithisch, sondern in ungezählten einzelnen Konflikten, deren Austragung und Verstetigung der Anstrengung vieler Akteure bedarf. Nur ein solcherart verzweigter und konflikthafter Prozess ist

in der Lage der postdemokratischen Tendenz das Projekt einer solidarischen Moderne entgegenzusetzen.